



POLITIK / KOMMENTAR

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Auf der Straße - Sturm zieht auf ...

(SB) - Am 21. März löste Präsident Emmanuel Macron den als gemäßigt geltenden Pariser Polizeipräfekten Michel Delpuech ab und ersetzte ihn durch Didier Lallement. Dem 63jährigen eilte aus Bordeaux der Ruf eines autoritären und gnadenlosen Hardliners voraus, womit sein Auftrag in der Hauptstadt bereits hinlänglich umrissen sein dürfte, den Innenminister Christophe Castaner mit den Worten unterstrich: "Den Aufstand zerschlagen!" In wessen Dienst der Herr über einen riesigen Polizeiparapparat von mehr als 42.000 Uniformierten steht, stellte er jüngst in aller Öffentlichkeit zweifelsfrei klar. Einer freundlichen Frau mittleren ... (S. 2)

DIENSTE / KALENDER



... (Seite 13)

Solidarität ist kein Verbrechen

Medienmitteilung von Amnesty International Schweiz, 6. Dezember 2019

Amnesty International und Solidarité sans frontières haben heute Mittag die Petition "Solidarität ist kein Verbrechen" übergeben. Fast 30.000 Menschen und 200 Anwälte und Anwältinnen ("Déclaration des avocats de Suisse sur le délit de solidarité") haben diese unterzeichnet und fordern eine Anpassung des Ausländer- und Integrationsgesetzes, damit solidarisches Handeln nicht länger kriminalisiert wird.

Im Jahr 2018 wurden 972 Personen wegen Verstosses gegen Artikel 116 des Ausländer- und Integrationsgesetzes (AIG) verurteilt. Allerdings handelte es sich in nur in 32 Fällen tatsächlich um Schlepper. Die überwiegende Mehrheit der Urteile betraf Personen, die solidarisch oder zumindest ohne finanziellen Nutzen handelten. In der Schweiz wird strafrechtlich verfolgt, wer Menschen in Not hilft, die nicht über die notwendigen Papiere verfügen. Dies auch, wenn die Hilfe uneigennützig und aus reinem Mitgefühl erfolgt. Deshalb fordert Amnesty Schweiz eine Revision des Artikels 116 des Ausländer- und Integrationsgesetzes, damit Menschen, die selbstlos hel-

fen, nicht mehr strafrechtlich belangt werden können.

"Es ist höchste Zeit, dass Personen, die sich für Menschen in Not einsetzen, für ihre Menschlichkeit nicht mehr bestraft werden. Man muss helfen können, ohne zuvor den Ausweis der hilfsbedürftigen Person zu kontrollieren", sagt Reto Rufer von Amnesty International.

Mit ihrer rigiden Gesetzgebung ist die Schweiz zunehmend ein Sonderfall

Neben Frankreich sehen die Gesetze in Deutschland, Italien, Österreich, in den Niederlanden, in Luxemburg, Schweden, Portugal, Tschechien, Polen, Rumänien, Bulgarien sowie auf Malta und Zypern eine Strafbefreiung vor, wenn die Beihilfe zu illegalem Aufenthalt aus humanitären Gründen erfolgt. Eine Bestrafung erfolgt nur dann, wenn die "Hilfe" profitorientiert ist. In Irland ist die Beihilfe zu illegalem Aufenthalt überhaupt nicht strafbar. Auch in der Schweiz war bis 2008 die Beihilfe zur illegalen Einreise nicht strafbar, wenn sie "aus ach-

tenswerten Beweggründen" erfolgte.

"'Liberté et Fraternité': Für den französischen Verfassungsrat ist klar, dass straffrei bleiben muss, wer Asylsuchenden und "Sans Papiers" Verpflegung, Unterkunft oder medizinische Versorgung gewährt, ohne dafür eine Gegenleistung zu verlangen. Es ist an der Zeit, dass auch die Schweiz diesen Schritt macht: Stopp der Kriminalisierung von Solidarität", erklärt Reto Rufer.

Das internationale Recht verpflichtet die Schweiz keineswegs dazu, den Straftatbestand der Beihilfe zu rechtswidriger Ein-

oder Ausreise oder zum rechtswidrigen Aufenthalt derart allgemein auszulegen: Der Kampf der Uno gegen die Schlepperei hat nur Tatbestände im Visier, bei denen ein finanzieller oder sonstiger materieller Vorteil im Spiel ist. Die einschlägige EU-Richtlinie - die für die Schweiz als Mitglied des Schengen/Dublin-Raums verbindlich ist - räumt den Mitgliedsstaaten explizit dieses Recht ein.

"Amnesty International fordert das neue Parlament auf, der parlamentarischen Initiative Mazzone zuzustimmen, damit die Schweiz die Grundsätze von Freiheit und Brüderlichkeit lebt, statt

Solidarität zu kriminalisieren", so Reto Rufer.

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/buerger/amnesty/baeur417.html>

POLITIK / KOMMENTAR / RAUB

Auf der Straße - Sturm zieht auf ...

Mit der Pariser Polizeipräfektur schuf Bonaparte nicht nur ein Gegengewicht zur Macht des (damaligen) Polizeiministers Joseph Fouché (...) Seine Maßnahme war auch motiviert vom Misstrauen gegenüber dem Volk von Paris. Historiker Jean-Marc Berliere im Interview mit der Libération [1]

(SB) 9. Dezember 2019 - Am 21. März löste Präsident Emmanuel Macron den als gemäßigt geltenden Pariser Polizeipräfekten Michel Delpuech ab und ersetzte ihn durch Didier Lallement. Dem 63jährigen eilte aus Bordeaux der Ruf eines autoritären und gnadenlosen Hardliners voraus, womit sein Auftrag in der Hauptstadt be-

reits hinlänglich umrissen sein dürfte, den Innenminister Christophe Castaner mit den Worten unterstrich: "Den Aufstand zerschlagen!" In wessen Dienst der Herr über einen riesigen Polizeiapparat von mehr als 42.000 Uniformierten steht, stellte er jüngst in aller Öffentlichkeit zweifelsfrei klar. Einer freundlichen Frau mittleren Alters, die ihm vor laufender Fernsehkamera erklären wollte, warum sie mit den Gelbwesten auf die Straße geht, erteilte Lallement, ohne sie eines Blickes zu würdigen, die schroffe Abfuhr: "Wir sind nicht im selben Lager."

Wurden die polizeilichen Spezialeinheiten zur Aufstandsbekämpfung

in der Vergangenheit gegen große Streiks und in der Banlieue eingesetzt, so gingen sie auch mit massiver Repression gegen die Gilets Jaunes vor, die Tote und Schwerverletzte zu beklagen hatten, von zahlreichen Festnahmen ganz zu schweigen. Die schon früher im Jahr praktizierte Polizeitaktik, den Zusammenschluß verschiedener Bewegungen auf der Straße zu verhindern, setzt sich nun im Zuge des landesweiten Generalstreiks gegen die geplante Rentenreform fort. Da die Regierung Macron allen Grund hat, eine Konvergenz von Gewerkschaften, Massenstreiks, Protesten und Gelbwesten zu fürchten, schickt sie Panzerwagen, Wasserwerfer

und Tausende schwerbewaffnete Bereitschaftspolizisten, um die Demonstrationen anzugreifen, zu spalten und zu zerschlagen.

Am 5. Dezember protestierten nach Behördenangaben mehr als 800.000 Demonstranten, die Gewerkschaft CGT zählte 1,5 Millionen Menschen. Zugleich legte ein Generalstreik das öffentliche Leben weitgehend lahm. Die Proteste waren noch umfassender als jene gegen Macrons Reformkurs auf dem Höhepunkt des öffentlichen Auftretens der Gelbwesten vor einem Jahr. Am Wochenende führten Streiks zu erheblichen Verkehrsbeeinträchtigungen, nur zehn bis 15 Prozent der Pariser Vorortzüge und jeder sechste TGV-Schnellzug fuhren, neun Metro-Linien blieben geschlossen. Im Louvre-Museum blieben einige Räume und im Grand Palais eine gesamte Ausstellung geschlossen. Auch die Pariser Oper, die Comédie Française sowie weitere Kultureinrichtungen sagten Vorstellungen ab. Bereits in den vergangenen Wochen hatten Bau- und Landwirtschaftsfahrzeuge aus Protest gegen die Pläne der Regierung, die Steuern für Kraftstoff ab 2020 zu erhöhen, Ölraffinerien im Land blockiert. Nun legten Lastwagenfahrer den Verkehr auf mehreren Autobahnen des Landes lahm, indem sie Fahrbahnen und Mautstellen versperrten, um diesem Protest Nachdruck zu verleihen. Wie jedes Jahr am ersten Samstag im Dezember versammelten sich die Menschen zu einer Demonstration gegen Arbeitslosigkeit und prekäre Arbeitsverhältnisse, und auch die Gilets Jaunes gingen an diesem Tag erneut auf die Straße. Auch in anderen Städten kam es zu Kundgebungen des Protests,

aus Nantes und Lyon wurden Zusammenstöße zwischen Demonstrierenden und der Polizei gemeldet. [2]

Ungeachtet des Generalstreiks, der in den kommenden Tagen fortgesetzt werden soll, hat die Regierungspartei La République En Marche (LRM) wiederholt deutlich gemacht, daß sie nicht nachgeben wird. So unterstrich Premierminister Edouard Philippe, er sei entschlossen, die Rentenreform voranzutreiben: "Wenn wir heute keine tiefgreifende, ernsthafte und progressive Reform vornehmen, wird morgen jemand anders eine noch viel härtere durchsetzen", drohte er. Die neuen Maßnahmen würden jedoch "schrittweise" und "ohne Härte" eingeführt, behauptete Philippe. Die Regierung werde mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten, um ein für alle Branchen geltendes, "gerechteres" Rentensystem einzuführen, das an die Stelle der bisher für verschiedene Branchen geltenden 42 Systeme treten soll. [3]

In einer Doppelstrategie von Repression und Einbindung versucht die Regierung offensichtlich, sich der Kollaboration der Gewerkschaften zu versichern, indem sie auf sozialpartnerschaftliche Weise Gespräche über die Rentenreform mit ihnen führt. Um den Protest auf der Straße unter gewerkschaftliche Kontrolle zu bringen, der andernfalls in einen Aufstand übergehen könnte, zollte Premierminister Philippe den Gewerkschaften "für ihren organisatorischen Erfolg" Respekt und erklärte, die Streiks und Proteste verliefen nach Plan. Hingegen kündigte der Vorsitzende des Gewerkschaftsdachverbands CGT,

Philippe Martinez, an, nicht klein bei zu geben, bis der Reformplan zurückgezogen werde. Ob die CGT am Ende doch fest entschlossen ist, einen Kampf zur Verteidigung der Renten zu führen, muß jedoch mit einem Fragezeichen versehen werden. Denn während des gesamten Jahres, in dem die Gelbwesten auf die Straße gingen, wurden ihre Proteste von den Gewerkschaften isoliert und teilweise sogar explizit diskreditiert. Unterdessen saß die CGT mit Regierungsvertretern zusammen, um Gespräche über die in der Bevölkerung weithin abgelehnten Rentenkürzungen zu führen. Erst als es im November zu spontanen Arbeitsniederlegungen bei der Bahn, in den Krankenhäusern und in den Schulen kam, rief die CGT notgedrungen zum Streik auf, um nicht abgehängt zu werden. [4]

Da sich die Gilets Jaunes als eine Protestbewegung ohne Führung, Vertreter und feste Struktur sehr schnell weiterentwickelt, radikalisiert und eine enorme Durchschlagskraft entfaltet haben, wurde nicht nur die Regierung, sondern auch die Gewerkschaft auf dem falschen Fuß erwischt. Nach dem Willen der Regierung soll sich die Gewerkschaftsführung an die offizielle Spitze des aktuellen Protests setzen, um ihn auszubremsen und in kontrollierbare Bahnen zu lenken. Allerdings hat sich die Konstellation der Demonstrationen und Streiks, die in Frankreich zur politischen Kultur gehören und traditionell das Terrain der Gewerkschaften sind, in jüngerer Zeit gravierend verändert.

Daß die Mobilisierungsfähigkeit der Gewerkschaften darunter gelitten hat, wurde deutlich, als die

Bewegung der Gelbwesten plötzlich auf den Straßen und Verkehrskreisel in Erscheinung trat. Diverse gewerkschaftliche Aufrufe zum Generalstreik verhallten ungehört, doch die Proteste gingen jenseits der ausgetretenen Pfade weiter. Die Ablehnung jeglicher Vereinnahmung durch Parteien oder Interessengruppen wurden zum Markenzeichen der Gilets Jaunes und stärkten sogar ihre Position gegenüber der Regierung. Diese sah sich nicht nur gezwungen, die geplante Steuererhöhung auf Treibstoff zurückzunehmen, sondern mußte weitere Zugeständnisse machen, allen voran Steuersenkungen für den Mittelstand, Entlastungen für Rentner und alleinerziehende Mütter. Wenngleich es sich bei dem kolportierten finanzieller Umfang der Maßnahmen von insgesamt 17 Milliarden Euro in erheblichen Teilen um eine Mogelpackung der Regierung handelte, mußte diese doch erstmals seit Jahren einen Rückzieher machen. [5]

Angesichts dieser Erfahrung kommt es Macron sicher gelegen, daß die Gewerkschaften im gegenwärtigen Konflikt wieder eine sichtbare Rolle spielen. Seit Monaten wird verhandelt, auch vor der Präsentation der Reform am Mittwoch sind weitere Treffen vorgesehen. Doch die Frage, für wen Philippe Martinez spricht, ist aktueller denn je. Seine CGT sowie die fünf anderen Gewerkschaften, die die Streikbewegung derzeit anführen, sind besonders im öffentlichen Sektor verankert. Dort geht die Gewerkschaftszugehörigkeit zwar auch zurück, ist aber immer noch etwa doppelt so hoch wie in der Privatwirtschaft. Wenn ein Teil der Mitarbeiter der staatlichen Eisenbahngesellschaft SNCF, der Pariser Verkehrsbetriebe

oder ein Teil der Lehrer die Arbeit niederlegen, sind die Auswirkungen erheblich.

Mehrere Gewerkschaftsführer sprachen kürzlich in der Presse davon, daß sie sich von einer radikalen Basis unter Druck gesetzt fühlen. Die Gelbwesten treiben nun die Gewerkschaften vor sich her, und da die Rentenreform alle Franzosen betrifft, müssen Philippe Martinez und andere fürchten, von wachsenden Teilen der Bevölkerung anhand ihrer Position und Kampfbereitschaft gewogen und für zu leicht befunden zu werden, gingen sie allen Lippenbekenntnissen zum Trotz einen Kuhhandel mit der Regierung ein. Sollten sie sich aber dazu durchringen, einem Zusammenwirken der verschiedenen Kämpfe den Zuschlag zu geben, könnten auch sie Teil des Sturms werden, der auf Frankreichs Straßen aufzieht.

Anmerkungen:

[1] www.jungewelt.de/artikel/368282.frankreich-den-aufstand-zerschlagen.html

[2] www.welt.de/newsticker/news1/article204119530/Rente-Streiks-und-Proteste-in-Frankreich-Erneut-chaotische-Zustaende-erwartet.html

[3] www.tagesschau.de/ausland/streik-frankreich-121.html

[4] www.wsws.org/de/articles/2019/12/09/pers-d09.html

[5] www.nzz.ch/international/frankreich-proteste-wegen-emanuel-macrons-rentenreform-ld.1526699

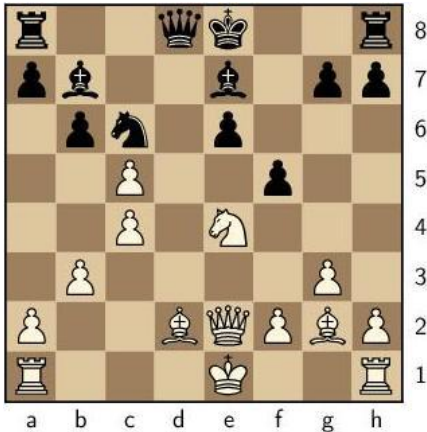
<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/raub1216.html>

SCHACH - SPHINX

Gedenken an Akiba Rubinstein

(SB) - Anfang August 1983 fand in Polanica Zdroj ein Gedenkturnier für Akiba Rubinstein statt. Doch wer war dieser Akiba Rubinstein? Sein Biograph Hannak begann seine Hommage an den berühmten Großmeister folgendermaßen: "Tief aus dem Dunkeln, tief aus dem Mittelalter kommt Akiba Rubinstein her. Ein armseliges, finsternes Judenghetto Russisch-Polens ist das Bethlehem, in dem dieses Licht zu leuchten begann." Am 12. Dezember 1882 wurde Rubinstein in einer Rabbinerfamilie geboren. Sein Vater starb früh, Wochen vor seiner Geburt, und so mußte seine Mutter die zwölf Kinder allein versorgen. Die Lebensumstände des jungen Rubinstein müssen entbehrensreich und trist gewesen sein. Und es behagte ihm auch wenig, daß er später zu seinen Großeltern kam, um in die Fußstapfen seines Vaters, den er nie gekannt, zu treten. Doch Akibas Leidenschaft galt nicht dem geschriebenen Wort. Talmudlehrer zu werden, paßte nicht in sein Weltbild, zumal er bereits in jungen Jahren im Schachspiel den für ihn bestimmten Lebensweg gefunden hatte. Nur eine hartnäckige Krankheit verhinderte später, daß er zu den höchsten Schachehren aufstieg. Im heutigen Rätsel der Sphinx aus dem Gedenkturnier spielte der russische Meister Dydzsko, der auch den Wettkampf gewann, mit den weißen Steinen eine glänzende Angriffspartie, die

dem Gedenken an Rubinstein alle Ehren machte. Sein Kontrahent hatte zuletzt 1...f7-f5 gezogen, Wanderer.



Dydyszko - Kruszynski
Polanica Zdroj 1983

*Auflösung des letzten
Sphinx-Rätsels:*

Weiß ließ sich nicht auf das Glatteis des trügerischen Springerschachs führen, sondern zerstörte mit 1.De7-c7! alle schwarzen Rettungshoffnungen. Der Damenzug blockierte die c-Linie. Andererseits durfte die Dame nicht geschlagen werden, weil sonst der derart gebildete Freibauer entschieden hätte, und auf 1...Tc8-f8 entscheidet einfach 2.Tf3xf5 Tf8xf5 2.Dc7-d8+ usw.

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph07114.html>

Täglich eine neue
Schach-Sphinx unter:

http://www.schattenblick.de/infopool/schach/ip_schach_schach_schach_sphinx.shtml

POLITIK / MEINUNGEN

Ausbeutung - beim Namen genannt ...

(SB) 9. Dezember 2019 - In der Demokratischen Republik Kongo profitieren angeblich manche Kinder davon, daß sie im Bergbau arbeiten. Nur in wenigen Minen würden sie besonders schlimm ausgebeutet, behauptete kürzlich ein Rohstoffexperte auf NDR Info. Wenige Tage zuvor hatte ein Wirtschaftsethiker aus München im Deutschlandfunk erklärt, daß bei der Fertigung von Billigwaren in Südostasien keine Ausbeutung stattfindet und alle Seiten davon profitieren, daß dort so günstig produziert wird. In beiden Standpunkten offenbart sich die überhebliche Perspektive des Herrenmenschen, der sich nicht vorstellen will, welche Schmerzen Tätigkeiten beispielsweise im kongolesischen Bergbau oder in den südostasiatischen Nähbetrieben bei Kindern wie auch Erwachsenen auszulösen vermögen.

Die Digitalisierung der Gesellschaft und der Umstieg von fossilen Energien auf Erneuerbare soll der kapitalistischen Wirtschaftsordnung einen Innovationsschub verleihen, für den der Einsatz großer Mengen bestimmter Rohstoffe, beispielsweise Kupfer, Kobalt und Seltene Erden, erforderlich wird. Um den Bedarf zu decken ist der Tiefseeboden ins Visier von Politik und Industrie geraten. Die Bundesrepublik Deutschland gehört zu jenen Staaten, die sich im östlichen Pazifik zwischen Hawaii und Kalifornien ein riesiges Areal zur Exploration von Manganknollen ge-

sichert haben, die jene begehrten Metalle enthalten.

Gegenwärtig wird noch bei der zuständigen Internationalen Meeresbodenbehörde in Kingston, Jamaika, über ein Regelwerk verhandelt, nach dem in Zukunft die Bodenschätze gehoben werden dürfen. Auch wenn die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) schon seit Jahren die möglichen ökologischen Folgen des Meeresbodenbergbaus erforscht, weiß man noch viel zu wenig über mögliche Akkumulations- und Synergieeffekte sowie die Langzeitfolgen solcher flächendeckenden Eingriffe.

Vor diesem Hintergrund stellen manche BGR-Vertreter es so dar, als ob der umstrittene Meeresbodenbergbau eine Alternative zu Kinderarbeit im Bergbau der DR Kongo sei. Das trifft jedoch allein deshalb nicht zu, weil so große Mengen an Rohstoffen benötigt werden, daß die Kinderarbeit weitergeht und zusätzlich der Meeresboden ökologisch zerstört wird. Außerdem kann Kinderarbeit nicht über einen Marktmechanismus beendet werden. Die Entlohnung der Kinder ist schon derart gering, daß es niemals dazu kommen wird, daß die Weltmarktpreise für die Rohstoffe so weit fallen, daß sich Kinderarbeit nicht mehr lohnt. Eher wäre als Reaktion auf so einen theoretischen Fall damit zu rechnen, daß die Kinder noch schlechter bezahlt werden als bisher.

In der Sendung "Echolot auf hoher See: Woher kommen die Rohstoffe für die Energiewende?" des NDR Info vom 2.12.2019 kolportierte BGR-Mitarbeiter Philip Schütte jene Mär, daß der Meeresbodenbergbau Kinderarbeit ablösen könnte. Zugleich relativierte er Kinderarbeit, indem er erklärte:

"Wenn es jetzt einfach darum geht, dass ein Kind im Rohstoffsektor leichte Tätigkeiten gemeinsam vielleicht mit seiner Familie unternimmt und dadurch vielleicht die Familie noch Einkommen hat, damit das Kind dann sein Schulgeld bezahlen kann: Wer ist man dann als Europäer, dass man sich da hinstellt und sagt 'Nee, das ist verboten!'

Es gibt da sehr viele Kinder, mehrere tausend, die auf den Minen unterwegs sind, aber die, die die tatsächlich schlimmste Form der Kinderarbeit durchführen, das haben wir auf zwei, drei Minen gesehen, von knapp 60 Minen, die wir uns angeschaut haben. Also muss man dann relativieren." [1]

Schütte hebt hier auf einen unter anderem in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit geführten Diskurs ab, wonach die Sicht eines Weißen aus Europa, auch wenn er "nur" helfen will, abgehoben und arrogant sein kann, weil, wenn man den Kindern die Verdienstmöglichkeit untersagt, deren Armut womöglich zunimmt. Bei diesem Argument wird jedoch der entscheidende Zusatz unterschlagen: Unter den gegebenen sozioökonomischen Bedingungen. Diese werden von Schütte und anderen gar nicht erst in Frage gestellt, rührte das doch an den

Voraussetzungen ihres Wohlstands.

Die Industrieländer sorgen permanent dafür, daß das Wohlstandsgefälle gesichert bleibt. In Afrika wächst zwar eine Mittelschicht heran, allerdings sehr langsam. Zugleich bleibt die Armut auf sehr hohem Niveau. Das hat unter anderem damit zu tun, daß der Abbau von Rohstoffen extrem profitabel ist, und das kann er nur sein, weil die Arbeit billig ist. Unverhohlen schreibt die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) in einem "Wegweiser für deutsche Unternehmen" über den Risikostandort DR Kongo: "In einigen Branchen wie dem Bergbau oder dem Mobilfunk sind die Gewinnmargen derart hoch, dass private Unternehmen Milliarden-US-Dollar zu investieren bereit sind". [2]

Diese "Milliarden" kommen dadurch wieder rein, daß die Menschen in der DR Kongo, gleich welchen Alters, sich sprichwörtlich dabei aufreiben, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Sie befinden sich am untersten Ende der Wertschöpfungskette und sind die Verlierer der globalisierten Warenproduktion.

Einen ähnlichen Standpunkt wie Schütte vertrat der Wirtschaftsethiker Christoph Lütge von der TU München im Interview mit dem Deutschlandfunk zum Thema "Billigprodukte im Black Friday Sale". Er sprach nicht konkret zur DR Kongo oder Kinderarbeit, sondern über die Arbeitsverhältnisse in den Ländern des Südens im allgemeinen. Auf die Frage der Moderatorin Christiane Kaess, ob die Arbeiterinnen und Arbeiter in

Asien mit ihren extrem niedrigen Löhnen letztlich den Preis für die Billigproduktion bezahlen, erwiderte Lütge:

"Über solche Argumente muss ich mich wirklich lustig machen. Das ist einfach kompletter Unsinn. Das muss ich einfach mal ganz klar so sagen. Sie haben vorhin über Gewinnmargen gesprochen. Bezogen auf die Löhne in Asien ist eine Riesen-Gewinnmarge drin. Das liegt alles im Risiko des Unternehmers. Das ist nichts, was auf irgendeine Arbeiter in Asien oder in anderen Regionen der Welt abgewälzt wird, wo übrigens auch mittlerweile die Löhne deutlich gestiegen sind. Diese Vorstellung von manchen Leuten hier in Deutschland, wir beuten hier irgendwelche Leute in Asien aus, das ist einfach kompletter Humbug." [3]

Es sei eine Win-Win-Situation, "alle profitieren", insbesondere diejenigen, die weniger Geld haben. Ausbeutung findet nicht statt. Den Ländern in Asien gehe es besser dadurch, daß sie Produkte für uns herstellen, sagte Lütge.

Zwei Stimmen, die stellvertretend für einen in Politik und Wirtschaft verbreiteten Standpunkt sind, demzufolge die profitorientierte Wirtschaftsordnung, die solche gesundheitlich ruinösen Lohnarbeitsbedingungen hervorbringt, Schicksal ist und nicht etwa Ergebnis eines von Vorteilserwägungen bestimmten und durch sämtliche Mittel der rechtlichen, politischen und militärischen Gewalt fortwährend gesicherten Interesses an der Dauerbefestigung des Wohlstandsgefälles vom Globalen Norden zum Globalen Süden.

REPRESSION / FAKTEN / INTERNATIONAL

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Kolumbien

Ehemaliger FARC-Kämpfer Manuel Santo Yatacué in Cauca ermordet

(Contagiaradio, 03. Dezember 2019) - Der ehemalige FARC-Kämpfer Manuel Santo Yatacué Ramos wurde am 2. Dezember gegen 18 Uhr abends im Dorf La Elvira im südwestlichen Bundesstaat Cauca ermordet. Santo Yatacué hatte sich an einem Programm im Kontext des 2016 mit der Guerilla-Gruppe FARC abgeschlossenen Friedensabkommens beteiligt und arbeitete zuletzt in einer Kaffeekooperative.

Laut Berichten lokaler Medien wurde Santo Yatacué von Männern mit Schusswaffen attackiert. Es fielen mehrere Schüsse im Gebiet El Ceral in der Nähe der Wie-

dereingliederungszone ETCR (Gebietseinheit für Ausbildung und Wiedereingliederung) von La Elvira. Momentan ist unklar, wer die Täter sind und welche Motive hinter dem Verbrechen stehen.

Tulio Murillo, politischer Berater der ETCR in Mesetas, berichtete kürzlich von weiteren Morden an ehemaligen FARC-Kämpfern, wie etwa dem Mord an Alexander Parra, und verwies darauf, dass trotz der desolaten Sicherheitslage in den ETCR-Zonen ein gewisses Maß an Vertrauen entstanden sei. Hingegen ist in den stärker militarisierten Gebieten wie in den Bundesstaaten Norte de Santander, Cauca und Meta die Gewalt gegen ehemalige FARC-Kämpfer viel stärker.

In diesem Zusammenhang weisen führende Mitglieder der politischen Partei der FARC wie Pablo Catatumbo wiederholt darauf hin, dass die Regierung das Leben und die Sicherheit derjenigen garantieren müsse, die das Friedensabkommen unterzeichnet haben. Die Senatorin Victoria Sandina kritisierte ebenfalls, dass die Regierung einfach weitermache, ohne sich um die Sicherheitsgarantien zu kümmern, die im Friedensvertrag vereinbart wurden. Seit der Unterzeichnung der Friedensverträge im November 2016 wurden 169 ehemalige FARC-Kämpfer ermordet.

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/repression-widerstand/ehemaliger-farc-kaempfer-manuel-santo-yatacué-in-cauca-ermordet/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.

Köpenicker Straße

187/188 10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: poonal@npla.de

Internet: <http://www.npla.de>

Fortsetzung von Seite 6:

Anmerkungen:

[1] https://www.ndr.de/nachrichten/info/sendungen/das_forum/forum5786.pdf

[2] <https://www.giz.de/de/downloads/Neue-maerkte-kongo.pdf>

[3] https://www.deutschlandfunk.de/billigprodukte-im-black-friday-sale-niemand-wird.694.-de.html?dram:article_id=464611

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/meinung/pola1358.html>



<http://www.schattenblick.de/infopool/repress/fakten/rf0i0412.html>

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Argentinien

Erstes interkulturelles Krankenhaus im Bau

(Aluminé, 3. Dezember 2019, *ecu-pres*) - Im Bezirk Aluminé von Neuquén entsteht das interkulturelle Krankenhaus Ranguiñ Kien. Traditionelle Medizin und die Medizin der Mapuche werden hier Hand in Hand gehen und klassische Ärzt*innen mit traditionellen Heiler*innen zusammenarbeiten. Für Gemeinden, die nicht die westliche Medizin praktizieren, werden in Zukunft religiöse Zeremonien direkt vor ihrer Haustür angeboten, außerdem können sie dort traditionelle Kräuter und Tränke bekommen.

Das Krankenhaus wird das zweite seiner Art in Lateinamerika und das erste in Argentinien sein. Es wird in Ruca Choro auf einer Fläche von 522 Quadratmetern gebaut werden und ist ein Gemeinschaftsprojekt des Gesundheitsamtes von Aluminé und den Mapuche-Gemeinden Aigo und Huenguihuel, die Arbeitskräfte stellen werden.

"Dies sind die Früchte von 15 Jahren gemeinsamer Erfahrung mit diesen Mapuche-Gemeinden. Auf diesem Weg nähern wir uns einer Beziehung zwischen Biomedizin und Mapuche-Medizin an. Beide haben ihren Wert und ihre Techniken. Die Idee ist, dass die beiden gegenseitig voneinander profitieren", erklärt Fabián Gancedo, Arzt im Krankenhaus

von Aluminé und zuständig für die ärztliche Versorgung auf dem Land.

Der erste Schritt war die Planung des Gebäudes, das sich auf dem Boden der Gemeinde Huenguihuel befinden wird. "Es wird Feuerstellen geben, Platz für die Heiler der Mapuche, für die speziellen Knochenheiler und für die Kräuterheiler. Außerdem wird es einen Ort für den Machi, die wichtigste Person in der Heilkunde der Mapuche, geben", führt Gancedo aus.

Kulturelle Unterschiede

Ein Beispiel für die kulturellen Unterschiede zwischen westlicher Heilkunde und der der Mapuche ist die Orientierung der Klinikbetten nach Westen: "Der Westen, jenseits der Anden, ist für die Mapuche der Ort, an den das, was wir Geist nennen, nach seinem Tod kommt" erklärt der Arzt. "Das hat die Patienten der indigenen Gemeinden oft belastet; es war, als würden sie auf den Tod vorbereitet werden."

Die Eröffnung des Krankenhauses und das Zusammenspiel der beiden Heilkunden ist rechtlich in das Abkommen 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) eingebettet: demnach wird

das Recht der indigenen Gemeinden, ärztliche Behandlungen an ihre Traditionen und ihre Kultur anzupassen, respektiert.

Alternative Heilmethoden

Gancedo stellt sich vor, dass so ein Krankenhaus auch der traditionellen Medizin Lösungen bieten kann und stellt fest: "Bei vielen gesundheitlichen Problemen der Mapuche sind wir überfordert, weil jede Krankheit auch immer mit der Kultur zusammenhängt. Im Endeffekt erkranken die Menschen ja immer an dem, an das sie glauben."

Lorenzo Loncón ist Kurier (werken) der Vereinigung der Mapuche von Neuquén. Außerdem ist er spezialisiert auf Pflanzen und ihren gesundheitlichen Gebrauch (lawentuchefe). Er meint: "In Argentinien können wir nicht über Machis sprechen, weil nach der Conquista der Wüste viele Anführer und deren spirituelle Vorbilder getötet wurden. Aber nicht nur Machis gab es, auch Ampifés, also Leute, die Visionen hatten. Diese wurden praktisch ausgelöscht."

Der Ursprung der Krankheiten

Die Machis müssen die Leute nur anschauen und schon wissen sie

Bescheid, sie sind Spezialisten, suchen den Ursprung der Krankheit. Jede Person aus einer Mapuche-Gemeinde hat eine Ursprungskraft (newen): das kann ein Baum sein, ein Stein oder ein Stern. Der Machi kommt in Einklang mit diesem ganzen Kreislauf der Natur. Deswegen ist seine Rolle sehr wichtig, er sieht nicht nur das Physische, sondern auch das Spirituelle, während er die Ursache der Krankheit in deinem Ursprung und dem Territorium sucht. Deswegen ist das Volk der Mapuche eng damit verbunden."

Loncón fügt hinzu: "Die Medizin der Mapuche wird weiterhin auf mündlicher Basis praktiziert. Die schnellste Art sie zu erlernen ist zuzuhören, den Geruch der Pflanzen zu riechen und sich zu merken, wozu diese gut sind."

Über die Unterschiede zwischen der westlichen Medizin und der der Mapuche meint Loncón: "Das Grundprinzip der westlichen Medizin ist, alles zu trennen, den Mensch von der Natur und die Kultur von der Natur. Für uns ge-

hört das alles zusammen. Über tausende von Jahren hat sich in der Medizin bewiesen, dass natürliche Heilmittel viel besser sind als chemische oder synthetische. Und außerdem sind all unsere Kulturen unterschiedlich, also muss auch die Medizin zur jeweiligen Kultur passen und jeder Kultur zugänglich sein. Die Natur macht uns dieses Angebot: sie ist den Menschen nah und wenn du sie pflegst, dann pflegt die Natur auch dich."

Wissen teilen

"Ein weiterer Unterschied ist, dass für uns Medizin dazu da ist, geteilt zu werden, und nicht aus einem Patentsystem und immer teurer werdenden Produkten besteht. Wenn wir Wissen besitzen und einem Nachbarn helfen können, dann tun wir das, auch wenn er kein Mapuche ist.

Wir haben Pflanzen gegen Fieber die unfehlbar sind, du nimmst sie vor dem Schlafengehen und am nächsten Tag kannst du zur Arbeit

oder in die Universität gehen. Ich kenne kein Medikament, das so effektiv und schnell wirkt", schließt Loncón.

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/arbeitsgesundheit/erstes-interkulturelles-krankenhaus-im-bau/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/medizin/gesund/m3al2554.html>

UMWELT / REDAKTION / RESSOURCEN

Weltbodentag - Okkupation des Erdreichs ...

(SB) 9. Dezember 2019 - Alle fünf Sekunden wird weltweit eine fußballfeldgroße Fläche Boden erodiert. Dadurch gehen entscheidende Voraussetzungen für die Nahrungsproduktion und ökologische Vielfalt verloren. Der Bodenverlust hat nicht zuletzt mit dem vorherrschenden landwirt-

schaftlichen Produktionsmodell zu tun. Denn es begünstigt den Monokulturanbau, die Verwendung von Kunstdünger und Pestiziden und verringert den organischen Anteil im Boden. Das Erdreich klebt nicht mehr so gut, verliert den Zusammenhalt und ist durch Wind und Wasser leicht an-

greifbar. Außerdem wird der Bodenschwund durch vermeintliche Effizienzmaßnahmen wie Knickbeseitigung und Feldzusammenlegung, das Fällen "lästiger" Bäume, etc. gefördert.

Am 5. Dezember wurde der "Weltbodentag" begangen. Erst-

mals ausgerufen 2002 von der FAO, der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, wird seitdem ein jedes Jahr der "Boden des Jahres" ernannt und an die Bedeutung der Böden für bewirtschaftete und unbewirtschaftete Flächen erinnert.

Bereits einen Tag später rücken wieder andere Themen in den medialen Vordergrund. Das ist kurzzeitig, denn, vergleichbar mit der globalen klimatischen Entwicklung, die Negativentwicklung schreitet auch bei der Bodenerosion schleichend voran. Die Landwirtschaft steigert zwar zur Zeit ihre Produktivität noch, aber die Entwicklung geht zu Lasten zukünftiger Generationen, denen, allgemein gesprochen, weitgehend leblose, kunstdüngerübersättigte, wahlweise auch güllertränkte Restböden vererbt werden.

Die EU beispielsweise teilt jedes Jahr viele Milliarden Euro Subventionen an die Landwirtschaft aus, doch die Bekämpfung der Bodenerosion wird nur unzureichend unterstützt. Das hat sehr viel mit der Exportorientierung der EU-Landwirtschaft zu tun. Dabei wäre es nicht schwierig, andere Gewichtungen bei der Prämienzahlung festzulegen, nämlich weg von der Flächen-subsidierung und hin zur Qualitätssicherung von Landwirtschaft und Landschaft. Das hätte eine Abkehr vom System der engen Fruchtfolgen und eine stärkere Förderung von Zwischenfrüchten zwecks Steigerung der Bodenqualität zur Folge. Landschaft sollte nicht mehr Inbegriff für Langeweile sein. Dafür wäre der Erhalt der Böden eine sprichwörtlich fundamentale Voraussetzung.

Gute Böden, die sich nicht dadurch auszeichnen, daß sie dem Wunsch des Menschen nach Ertragsmaximierung um jeden Preis entsprechen, sondern die über lange Zeiträume hinweg aus ihrer natürlichen Umgebung hervorgegangen sind und dementsprechend bewirtschaftet wurden, bieten enorm viele Vorteile: Geringerer Erosionsverlust bei Starkregen oder kräftigen Winden; stärkere Bindung von organischem Material und somit von Kohlenstoff aus der Atmosphäre (Klimaschutz); höhere Wasseraufnahmefähigkeit und dadurch Verringerung von Überschwemmungen; Rückkehr der in den letzten Jahrzehnten immer mehr verschwindenden Bodenlebewesen und, darauf gestützt, Aufbau ganzer Ökosysteme bis hin zu den insektenfressenden Vögeln; Senkung der Feinstaubbelastung in landwirtschaftlichen Produktionsgebieten.

Erodiertes Bodenmaterial landet in Gewässern, die dadurch überdüngt werden und vorzugsweise an den Mündungsgebieten von Flüssen zu Algenblüten führen. Auch dem könnte entgegengewirkt werden. Doch sind die Bodenverluste nicht einfach und schon gar nicht innerhalb kurzer Zeit umzukehren, wollte man nicht gleichzeitig Ertragseinbußen und in der Folge einen gesteigerten Nahrungsmangel hinnehmen. Aber die Geschwindigkeit, mit der Boden erodiert wird, könnte bei entsprechendem politischen Willen durchaus gebremst werden, in Deutschland, der EU und der übrigen Welt. Das setzte allerdings voraus, daß sich die Produktionsweisen ändern, denn das Problem des Bodenverlustes ist keines, das die Landwirtschaft allein zu verantworten hätte. Sie produziert im

Rahmen politischer Vorgaben, und wenn es für sie profitabler ist, beispielsweise Kunstdünger einzusetzen, dann wird das gemacht.

Der Weltbodentag 2019 ist inzwischen vergangen, doch die Probleme der Bodenerosion sowie zusätzlich der hier noch gar nicht angesprochenen Verluste der Verfügbarkeit der Böden für die Landwirtschaft aufgrund der Flächenversiegelung sind höchst akut.

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/redakt/umre-239.html>

Kooperationspartner



poonal

Kooperationspartner von Schattenblick

poonal - Pressedienst
lateinamerikanischer
Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>



pressenza
INTERNATIONAL PRESS AGENCY

Pressenza

Kooperationspartner von Schattenblick
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

UMWELT / INTERNATIONALES / FRAGEN

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Guatemala

"Jedes Jahr kommt es zu Ernteaussfällen durch Dürren"

(Guatemala-Stadt, 2. Dezember 2019, Nómada) - Der Klimawandel ist Realität und besonders in Ländern wie Guatemala zu spüren, wo sich dessen Auswirkungen bereits durch Ernährungsunsicherheiten bemerkbar machen. Hinzu kommt die Wasserknappheit, welche der Bevölkerung keine andere Wahl lässt, als zu emigrieren. Nómada spricht hierzu mit einem Klimawandel-Experten.

In einem Land, in dem 30 Prozent der Bevölkerung von der Landwirtschaft leben und sich die Auswirkungen des Klimawandels immer deutlicher abzeichnen, warnen Umweltschützer*innen mit Sorge vor einem Notstand in der Ernährungssicherung. Mehr und mehr Guatemalteke*innen fliehen aus dem Land, denn aufgrund von Dürren und unvorhersehbaren Regenfällen bleiben die Ernten aus. Zwar hat Guatemala bereits wichtige Maßnahmen im Bereich Umweltschutz rechtlich verankert, jedoch ist damit nicht automatisch auch die Umsetzung des Gesetzes garantiert.

In der letzten Novemberwoche fand in Guatemala das elfte Regionalforum für sozio-ökonomische Transformation in Lateinamerika statt. Ziel war es, den Zugang zu Informationen über Umweltschutz und Umweltrecht zu

ermöglichen, um die Beteiligung der Gesellschaft an wichtigen Entscheidungen zu fördern.

Nómada sprach mit Alex Guerra, Direktor des Forschungsinstituts für Klimawandel ICC (Instituto de Investigación Sobre el Cambio Climático) und technischer Leiter des Wissenschaftsprogramms zum Klimawandel in Guatemala. Im folgenden Interview teilt Guerra die Sorgen und Zweifel des Landes, vor dem Hintergrund der Auswirkungen des Klimawandels.

*

Was sind die größten Ängste, die Zentralamerika in Bezug auf den Klimawandel beschäftigen?

Was Guatemala und die zentralamerikanische Region am meisten besorgt, ist, dass der Klimawandel die derzeitigen Probleme noch verschlimmern wird. Die Region bietet Wasser im Überfluss, Biodiversität und ein gemäßigtes Klima. Diese Gegebenheiten ermöglichen menschliches Leben schon seit tausenden Jahren.

Gleichzeitig war die Region schon immer geprägt von Risiken, welche die Bevölkerung Zentralamerikas oft schwer getroffen haben. Die Angst vor dem

Klimawandel begründet sich jedoch darin, dass die Folgen wesentlich größere und schnellere Veränderungen bedeuten.

Jedes Jahr kommt es zu Ernteaussfällen durch Dürren, weil die Hitze immer größer wird, weil der Regen immer später kommt oder auch, weil es zu stark geregnet hat. Die Regenfälle werden immer schwerer vorzusagen. Im gleichen Jahr können am gleichen Ort sowohl Schäden durch Dürren als auch durch Hochwasser entstehen. Die Menschen verlieren aber in jedem Fall ihre Ernte.

Wir sprechen also über ein Problem der Ernährungssicherung ...

Ganz genau. Beschäftigt man sich mit Ernährungssicherheit, erkennt man vier zentrale Aspekte. Erstens müssen Nahrungsmittel vorhanden sein. Der Klimawandel könnte dies infrage stellen. Menschen, die beispielsweise das ganze Jahr lang Mais und Bohnen ernten, können durch den Klimawandel von Ernteaussfällen betroffen sein. Dies wirkt sich wiederum auf die Verfügbarkeit von Lebensmitteln aus.

Ein weiterer Aspekt ist der Zugang zu Nahrungsmitteln. Überall auf der Welt gibt es Nahrung, aber den Menschen fehlen mitunter die Mittel, diese zu erwerben.

Dies hat weitreichende Auswirkungen, denn auch wenn man selbst kein Ackerland besitzt, führt man vielleicht einen kleinen Laden. Kann man jedoch keine Lebensmittel anbieten, bleibt das Einkommen aus und es fehlt an Geld, um sich zu ernähren. Außerdem steigen die Lebensmittelpreise. Meistens, wenn es zu einem Tropensturm oder einem bedeutenden Ereignis kommt, schießen als erstes die Preise für Lebensmittel nach oben.

Außerdem ist die körperliche Ausbeutung ein wichtiger Aspekt. Dies bedeutet, dass die Menschen gesund sein müssen, um Landwirtschaft betreiben zu können.

Der vierte Aspekt ist kultureller Art, denn auch die individuellen kulinarischen Vorlieben und Gewohnheiten spielen eine Rolle.

Momentan wird viel diskutiert, inwieweit sich der Klimawandel und das Problem der Ernährungssicherung auf die Migrationsbewegungen betroffener Menschen auswirken. Beteiligen Sie sich an dieser Debatte?

Während eines Treffens in Arizona diskutierten wir die starke Wechselwirkung zwischen Klima und Migration. Gründe für Migration gibt es viele. Einer davon ist, dass die Bäuerinnen und Bauern aufgrund der Dürre keinen Mais und keine Bohnen mehr ernten können. Die Menschen ziehen weg, weil ihre Kaffeepflanzen von Schädlingen befallen sind. Darüber hinaus können die Bauernhöfe keine Mitarbeiter*innen mehr finden. Dies sind die Gründe warum die Menschen sagen: "Keine Ernte mehr,

keine Arbeit mehr, also gehe ich fort."

Noch gibt es keine Statistiken dazu, denn das Problem ist komplex und das Phänomen neu. Aber der Mangel an Daten hat auch noch andere Ursachen. Fragt man die Menschen, warum sie fortgegangen sind, haben sie teilweise Angst, den wahren Grund zu nennen, besonders wenn man bedenkt, was sich zurzeit an den Grenzen abspielt. Asyl wird nur im Fall von Bedrohung oder Gewalt gewährt. Also nennen die Menschen dies als Grund ihrer Flucht, obwohl es in Wirklichkeit ein Ernteausfall war. Daher wird momentan noch analysiert, wie man sinnvoll Daten erfassen und Statistiken erstellen kann.

Was ist die Gesetzeslage in Bezug auf den Klimawandel? Kommt das Land seiner Verantwortung nach?

In Guatemala sind wir aus legislativer und politischer Sicht in Bezug auf den Klimawandel sogar sehr fortschrittlich. Wir waren das zweite Land nach Mexiko, das ein Gesetz zum Klimawandel verabschiedet hat. Seit 2013 besteht das Gesetz nun (Dekret 7-2013) und der Klimawandel ist inzwischen ein zentrales Thema der Politik. So sieht das Gesetz vor, eine nationale Anpassungsstrategie zu entwickeln und die Folgen des Klimawandels abzuschwächen. Inzwischen gibt es bereits eine zweite, aktualisierte Fassung. Legislativ und politisch sind wir also auf dem aktuellen Stand. Was allerdings noch aussteht, ist die Umsetzung auf allen lokalen Ebenen.

Dennoch fehlt zum Beispiel ein Gesetz zur Wasserversorgung ...

Ja, das fehlt. So wie bereits ein Gesetz zum Klimawandel besteht, gibt es seit 2006 auch ein Abwassergesetz. Doch inzwischen ist das 13 Jahre her und die Situation hat sich nicht verändert. Was wir brauchen, ist ein allgemeines Gesetz zum Wasser, was festlegt, bei wem die Verantwortung liegt. Die meisten Industrieländer richten daher eine zuständige Behörde ein, die sich langfristig um die technischen Fragen der Wasserversorgung kümmert.

Wasser darf kein politisches Instrument sein, denn wir alle brauchen es und wenn die Wasserversorgung nicht richtig gehandhabt wird, kann dies gefährliche Konflikte auslösen. In anderen Ländern gibt es eine Aufsichtsbehörde, die sagt: So viel Wasser führt der Fluss, also kann diese bestimmte Menge abgepumpt und genutzt werden. Die Behörde vergibt Lizenzen, Genehmigungen und Konzessionen. Darüber hinaus wird kontrolliert, dass der Fluss nicht austrocknet und alle von dem Wasser profitieren können. Oberste Priorität müssen hier die Menschen sein. Darin begründet sich auch das Menschenrecht auf Wasser. Wasser ist eine oberste Priorität.

In unserem Fall besitzen wir keine zentrale Aufsichtsbehörde, welche die Wasserversorgung und -nutzung reguliert. Daher besteht eine Regellosigkeit, denn einerseits greift hier der Kompetenzbereich des Gesundheitsministeriums. Gleichzeitig betrifft das Thema Wasser aber auch die Kommunen, den Energie- und Bergbausektor sowie die Ministerien für Umwelt und Landwirtschaft. Es ist dieses regulatorische Durcheinander, das die Probleme hervorruft.

Eigentlich ist Guatemala reich an Wasser, dennoch kommt es trotz des Überschusses mancherorts zu Wasserknappheit - aufgrund des genannten Verwaltungsproblems. In Alta Verapaz zum Beispiel, regnet es das ganze Jahr über am meisten. Dennoch ist die Zahl der Haushalte ohne Wasser dort am größten.

Leider ist Wasser ein politisches Thema, auch wenn es das nicht sein dürfte. So ist die Tatsache, dass es kein Gesetz zum Umgang mit Wasser gibt, politisch zu begründen. Daher sollte die Verwaltung des Wassers nicht politisch, sondern technischer Art sein. Es ist nicht in Ordnung, dass wir uns der Tatsache unterwerfen müssen, dass wenn die Regierung hinter dem Privatsektor steht, einige das Wasser nutzen dürfen und andere eben nicht. Gleiches Recht auf Wasser muss in allen Regierungen eingefordert werden. Wir werden uns dafür einsetzen.

Aber das Wasserproblem ist im Moment keine Priorität für die Regierung ...

Die letzten Regierungen zeigten wenig Interesse und machten das Thema zu keiner Priorität. Während der Regierung Álvaro Coloms gab es einen Minister eigens zu diesem Thema und es kam zu einigen Fortschritten. Es wurden Arbeitseinheiten geschaffen, die sich mit dem Klimawandel befassen und eine internationale Zusammenarbeit angestrebt. Auch im Privatsektor wurde das Problem thematisiert. Grundsätzlich stellt dies aber keine Priorität dar. In einigen Ländern haben sich die Regierungen der Aufgabe zwar angenommen, jedoch fällt es ihnen oft schwer, die Bevölkerung

davon zu überzeugen, wie wichtig es ist, die natürlichen Ressourcen zu schützen. Der Vorteil, den wir haben ist, dass in Guatemala genau das Gegenteil geschieht. Die indigene Bevölkerung, genauso wie Universitäten und Forschungszentren, aber auch einige Unternehmen sorgen sich um das Thema. Es gibt in dieser Hinsicht ein großes zivilgesellschaftliches Bewusstsein. So konnte mit Petitionen und gesellschaftlichem Druck bereits einiges erreicht werden.

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/umweltwirtschaft/jedes-jahr-kommt-es-zu-ernteausfaellen-durch-duerren/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/internet/uifr0024.html>

DIENSTE / KALENDER / ADVENT



Und schützten sie doch
in ihren Schatten,
geborgen im Loch
lauernder Ratten.

<http://www.schattenblick.de/infopool/dienste/kalender/dkad0130.html>

UMWELT / KLIMA / STIMMEN

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro München

Appell an die am Klimagipfel teilnehmenden Eltern

von Parents For Future Global, 6. Dezember 2019

Our Kids' Climate und Parents For Future haben 222 Eltern-Klima-Gruppen aus 27 Ländern koordiniert und gemeinsam einen leidenschaftlichen Appell unterzeichnet, in dem sie die Delegierten der Klimakonferenz COP25 in Madrid dazu aufrufen, über die Liebe zu ihren eigenen Kindern nachzudenken und entsprechend Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit und der Zukunft aller Kinder dieser Welt einzuleiten.

Der Aufruf ist in verschiedenen Sprachen verfügbar [1].

Wir lieben unsere Kinder über alles. Trotzdem müssen wir mit ansehen, wie ihnen eine kaputte Welt am Rande des Klimachaos und des ökologischen Zusammenbruchs überlassen wird. Als Eltern ist das für uns unerträglich.

Klimabedingte Katastrophen häufen sich und Kinder werden ihrer Gesundheit, ihres Lebens und ihrer Zukunft durch das Klimachaos beraubt. Von tropischen Wirbelstürmen in Afrika und Asien, Überschwemmungen und Schlammlawinen in Teilen Europas und Brasiliens bis zu den von der Dürre angefachten Feuerbrünsten in Kalifornien und Australien, sind Familien und Gemeinschaften überall auf der Welt betroffen. Die Eisdecke in Grönland schmilzt in einem nie zuvor

da gewesenen Tempo und der Klimanotstand wird immer mehr zur neuen Normalität.

Wir richten diesen Appell als Eltern an die Delegierten des Klimagipfels der Vereinten Nationen COP25 in Madrid, die in unserem Namen und dem unserer Kinder dort verhandeln.

Der UN-Klimagipfel ist eine entscheidende Gelegenheit, um zusammen ambitionierte Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise zu fordern, mit dem Ziel, die Erderwärmung unter 1,5 Grad Celsius zu halten. Mit jeder vergehenden Minute politischer Untätigkeit verschlimmert sich die Krise und bedroht Leben, Gesundheit und die Zukunft von immer mehr Kindern. Wir befinden uns an einem Scheideweg, an dem jede Tonne ausgestoßenen CO₂s uns gefährlichen Kippunkten näher bringt, deren Auswirkungen die menschliche Zivilisation, so wie wir sie kennen, für immer verändern würden.

Mächtige Großkonzerne wie zum Beispiel der Kohle-, Öl- und Gasindustrie, die ihre Geschäftsmodelle erhalten wollen, nutzen ihre Macht und ihren Einfluss, um die nötigen politischen Schritte zu blockieren. Die aktuellen Verpflichtungserklärungen der Regierungen führen uns direkt zu ei-

nem katastrophalen Anstieg der globalen Temperatur von 3-4 Grad Celsius.

Wir können nicht akzeptieren, dass dies die Welt sein soll, die wir unseren Kindern hinterlassen werden.

Der Wunsch in der Bevölkerung nach konkreten Maßnahmen war nie höher und der wissenschaftliche Konsens nie eindeutiger über das, was auf dem Spiel steht, wenn wir nicht die bereits existierenden Lösungen umsetzen, uns von fossilen Brennstoffen lossagen und unsere Gesellschaft transformieren. Mit den Schulstreiks haben Millionen von Kindern ihre Entschlossenheit gezeigt, die drohende Katastrophe zu verhindern. Und nun stehen auch wir Eltern auf, um alle Kinder zu schützen und entschlossenes Handeln für das Klima einzufordern. Für die Zukunft unserer Kinder sind wir bereit alles zu tun. Die Klimakrise zu bekämpfen ist nicht die Aufgabe unserer Kinder - es liegt in unserer Verantwortung als Erwachsene und Eltern zu handeln und für unsere Kinder die Zukunft sicherzustellen, die sie verdienen.

Wir befinden uns an einem Wendepunkt in der Geschichte der Menschheit und Sie, die Delegierten dieses einflussreichen

UN-Klimagipfels, haben die Chance, die nächsten Schritte zu bestimmen. Wir fordern eine sichere Zukunft für unsere Kinder - für alle Kinder - und für zukünftige Generationen. Dafür brauchen wir jetzt in Madrid entschlossenes Handeln.

Wir erwarten von den Delegierten dieses Gipfels mutiges Vorschreiten und gemeinsames Handeln anstatt zögerliches Warten auf die Taten einzelner Regierungen. Wenn wir alle zusammen diesen großen Schritt wagen - hin zu einem neuen Weg - so wird es für uns alle sicherer sein. Dies ist ein Moment großer Hoffnung, der nicht verpasst werden darf.

Viele der Delegierten der COP25 sind selber Eltern und an sie appellieren wir ganz besonders. In ihrer Doppelrolle als Delegierte und Eltern sind sie aufgrund ihrer beruflichen Position und ihrer Fä-

higkeiten dazu in der Lage, echte Helden für alle Kinder dieser Welt zu sein.

Unser Appell an die Delegierten ist deshalb: Nehmen Sie sich einen Moment Zeit bevor sie Entscheidungen treffen, schließen Sie kurz die Augen und stellen Sie sich die Gesichter ihrer Kinder vor. Denken Sie nun an die Zukunft, die Sie für ihre Kinder, ihre Enkel und Urenkel wollen. Werden Sie tun was nötig ist, damit diese Zukunft Realität wird?

Für unsere Kinder und all jene, die diese Erde von uns erben werden.

Wir wissen, dass Sie es können und wir vertrauen darauf, dass Sie es tun werden.

Die Unterzeichnenden siehe unter:
<https://www.parentsforfuture.org.uk/plea-de>

Erstveröffentlichung:
<https://www.parentsforfuture.org.uk/plea-de>

Anmerkung:

[1] <https://www.parentsforfuture.org.uk/>

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/klima/ukls0159.html>

Hinweis : BUCH / SACHBUCH / REZENSION

REZENSION/719: Winfried Wolf - Mit dem Elektroauto in die Sackgasse (SB)
REZENSION/718: Gerhard Feldbauer - Umbruchsjahre in Italien (SB)
REZENSION/717: Rukiye Cankiran - Das geraubte Glück (SB)
REZENSION/716: Werner Seppmann - Es geht ein Gespenst um in Europa (SB)
REZENSION/715: Craig Unger - House of Trump, House of Putin (SB)
REZENSION/714: Schölzel, Oehme u.a. (Hrsg.) - Hans Heinz Holz, Die Sinnlichkeit der Vernunft (SB)
REZENSION/713: Sirvent & Haiphong - American Exceptionalism and American Innocence (SB)
REZENSION/712: Helmut C. Jacobs und Nina Preyer - Goya für alle. Einführung in die Caprichos (SB)
REZENSION/711: Max Blumenthal - The Management of Savagery (SB)
REZENSION/710: Vicky Ward - Kushner, Inc. (SB)
REZENSION/709: Moddi - Verbotene Lieder (SB)
REZENSION/708: Szepanski - Imperialismus, ... und die Kriegsmaschinen des Kapitals (SB)
REZENSION/707: Grittmann, Lobinger, Neverla, Pater (Hg.) - Körperbilder - Körperpraktiken (SB)
REZENSION/706: Karsten Brensing - Die Sprache der Tiere - Wie wir einander besser verstehen (SB)
REZENSION/705: James Douglass - JFK and the Unspeakable (SB)
REZENSION/704: Nikolaus Brauns, Murat Cakir (Hg.) - Partisanen einer neuen Welt (SB)
REZENSION/703: Gerhard Feldbauer - Die Strategie Palmiro Togliattis (SB)

http://www.schattenblick.de/infopool/buch/ip_buch_sachbuch_rezension.shtml

- 1 BÜRGER UND GESELLSCHAFT: Schweiz - Solidarität ist kein Verbrechen (Pressenza)
- 2 POLITIK - KOMMENTAR: Auf der Straße - Sturm zieht auf ...
- 4 SCHACH-SPHINX: Gedenken an Akiba Rubinstein
- 5 POLITIK - MEINUNGEN: Ausbeutung - beim Namen genannt ...
- 7 REPRESSION - FAKTEN: Kolumbien -
Ehemaliger FARC-Kämpfer Manuel Santo Yatacué in Cauca ermordet (poonal)
- 8 GESUNDHEITSWESEN: Argentinien - Erstes interkulturelles Krankenhaus im Bau (poonal)
- 9 UMWELT - REDAKTION: Weltbodentag - Okkupation des Erdreichs ...
- 11 INTERNATIONALES: Guatemala - "Jedes Jahr kommt es zu Ernteaussfällen durch Dürren" (poonal)
- 13 DIENSTE - KALENDER: Adventskalender - für den 10. Dezember 2019
- 14 UMWELT - KLIMA: Appell an die am Klimagipfel teilnehmenden Eltern (Pressenza)
- 16 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 10. Dezember 2019

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 10. Dezember 2019

+++ Vorhersage für den 10.12.2019 bis zum 11.12.2019 +++



Erst zum Dunkel
zu erwarten
Jean-Luc Schunkel-
Windboefahrten.

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.
Verantwortlicher Ansprechpartner: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de
Telefonnummer: 04837/90 26 98
Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME
Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.): Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
ISSN 2190-6963
Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel
Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.